

Entscheidung gefallen

Neumarkter Gemeinderat entschied u.a. über das „Gemeindezentrum Neu“.

hannah.leitner@murtaler.at

■ NEUMARKT. Letzte Woche fiel eine Entscheidung zum Thema „Gemeindezentrum Neu“: Während sich ÖVP, SPÖ und Grüne für die neue Projektvariante aussprachen, stimmte die FPÖ dagegen. Im neuen Plan ist die Vereinigung von der gesamten Gemeindeverwaltung im Hauptplatz 4 vorgesehen, ins bisherige Gemeindegebäude kommen das Zentrum des Naturparks, das Tourismusbüro und eine Naturlese-Schule. Kostenpunkt: 6,2 Millionen Euro, inklusive Förderungen etc. bleiben Restkosten von 1,4 Millionen. In „Variante alt“, der Sanierung des Gemeindegebäudes, würden fünf Millionen Euro

verbaut, die Gemeinde hätte Restkosten in Höhe von 2,7 Millionen Euro zu stemmen. „Das Land hält die neue Variante für sachlich angemessen und sinnvoll, deshalb bekommen wir zwei Millionen Euro Förderung“, so Josef Maier. Er habe auch die Zusage, dass trotzdem weitere Projekte der Gemeinde gefördert werden, wie beispielsweise der Wege- und Straßenausbau.

Vizebürgermeister Peter Müller (FPÖ) sieht in der „Variante neu“ aber unter anderem Probleme in der Vereinigung von Musikverein und Bauamt in einem Haus, im Bezug auf die Lärmbelästigung. SPÖ und Grüne fokussieren den finanziellen Aspekt. „Wirtschaftlich ist das eine große Sache, wenn 6,2 Millionen Euro in der Region verbaut werden“, argumentierte Klaus Straner (SPÖ) und Elisabeth Edlinger (Grüne)



Der Gemeinderat Neumarkt stimmte über das „Gemeindezentrum Neu“ und die „Causa Privatstiftung“ ab.

Foto: Haselmann

setzte nach: „Welcher Betrag ist leichter zu stemmen?“

Weiters steht in Neumarkt die Nachbesetzung der Ärzteplanstellen auf der Prioritätenliste (wir berichteten). Durch eine Bürgerinitiative wurden rund 1.000 Unterschriften gesammelt, die im April in Graz vorgelegt werden.

Auch die „Causa Privatstiftung“ wurde ad acta gelegt. Der Schaden durch die E-Werk-Stiftung

beläuft sich auf 133.000 Euro. „Jetzt geht es darum, ob der Schaden wieder gutzumachen ist“, so Maier. Da der Gemeinderat keine Einschätzung liefern kann, sei ein Gutachten notwendig. Dieses würde 7.500 Euro verschlingen. Die Option auf Sonderbedeckungsmittel, um die Kosten abzufedern, gäbe es. Mehrheit gab es jedoch keine - zu gering sei die Wahrscheinlichkeit, zu gewinnen.